

Beschlüsse

der Landesdelegiertenkonferenz 27./28. Oktober 2001 in Döbeln



Inhalt:

Arbeitsprogramm 2001 bis 2003	2
A 1: future-sachsen. Junge Menschen brauchen JETZT eine Perspektive	12
A 2: ...bevor es zu spät ist – Für eine wirkungsvolle Prävention im Bereich des Rechtsextremismus	16
A 3: Studentische Mitbestimmung und akademische Selbstverwaltung	18
A 4: Abschaffung der Residenzpflicht	21
A 6: Ausschuss Globalisierung	21
A 7: Mentoring-Programm für junge Frauen	21
A 8: gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften	22
A 9: Kampagne Organspende/Transplantation	22
A 10: Terminplanung Landesdelegiertenkonferenzen	22
I 1: Der Terroranschlag vom 11.09.2001 und die Folgen	23
I 2: Termin SPD-Landesparteitag	23
I 5: Sicherheit in Freiheit!	24
I 7: Offener Brief an Otto Schily	26
I 9: "Uneingeschränkte Solidarität"?!	26

Arbeitsprogramm 2001 bis 2003

Bildung, Arbeit und Kultur für sichere Zukunftsperspektiven in Sachsen
"www.future-sachsen.de"

Standortbestimmung

1. Ausgangslage 1999

Im Ergebnis der Landtagswahl 1999 stand die sächsische SPD bei den Erstwählern an vierter Stelle noch hinter der NPD. Die sächsische Sozialdemokratie war für Jugendliche nicht sehr attraktiv, sie wurde nicht als ein Partner für die Interessen sächsischer Schüler, Studenten und Azubis wahrgenommen.

Die Jusos in Sachsen befanden sich durch heftigen innerverbandlichen Streit im politischen Stillstand. Trotz einiger guter Themen für die inhaltliche und öffentlichkeitswirksame Arbeit (Start Courage, Ausbildung, Bildung) waren die Jusos in der politischen Bedeutungslosigkeit angekommen. Weder über Aktionen, Kampagnen und Bildungsveranstaltungen noch über eine gute Öffentlichkeitsarbeit wurde versucht, aus dieser Situation herauszukommen. Der Landesverband der sächsischen Jusos arbeitete relativ isoliert, von einer Vernetzung mit nahestehenden Organisationen konnte keine Rede sein und es fand nahezu keine Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Initiativen statt. Die Arbeit im Semperkreis lief z.B. über einzelne Personen und nicht über den Verband.

Im Oktober 1999 wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz in Freiberg ein neuer Vorstand gewählt. Das mit großer Mehrheit beschlossene Arbeitsprogramm bildete die Grundlage für die Arbeit des Landesverbandes in den nächsten zwei Jahren und enthielt ambitionierte Projektentwürfe für die Arbeit in den Unterbezirken und im Landesvorstand. Mit den personellen Veränderungen im Vorstand bestand die Chance, eine neue Qualität der Kommunikation und der Zusammenarbeit in diesem Gremium zu entwickeln und die Beteiligung aller Unterbezirke in der politischen Arbeit des Landesverbandes zu garantieren.

Mit dem Rücktritt von drei Mitgliedern des Landesvorstandes im Herbst 2000 wurde die Grundlage für diese gemeinsame Arbeit entscheidend verändert, die Anbindung einzelner Unterbezirke und die landesweite Kommunikation im Verband war damit unmöglich. Für die verbleibenden Vorstandsmitglieder ergaben sich mit dieser Situation auch nach den durchgeführten Nachwahlen ausgesprochen schwierige Bedingungen, um die landesweite politische Arbeit der sächsischen Jusos aufrecht zu erhalten und zu gestalten.

2. Zustand 2001

Wir sächsischen Jusos können auf viele Erfolge unserer politischen Arbeit in den vergangenen zwei Jahren verweisen. Wir arbeiten in funktionierenden Netzwerken und gestalten diese aktiv mit. Der Semperkreis, der Zusammenschluss von linken Jugendverbänden in Sachsen, wird von uns aktiv getragen und wir sind damit einer der wichtigsten Teile des Erfolgsprojektes "Für Demokratie Courage zeigen".

Wir haben uns einen Namen bei Schwulen- und Lesbenverbänden gemacht, weil wir aktiv mit ihnen zusammengearbeitet und uns für ihre Interessen eingesetzt haben.

Die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen an den sächsischen Universitäten ist einer der wichtigsten Bestandteile der Juso-Politik in Sachsen geworden. Wir beteiligten uns an den Studentendemonstrationen im Herbst bzw. Winter 2000/2001 und an Schülerdemos in den vergangenen Monaten. Die sächsischen Jusos sind mittlerweile auch ein fester Partner für politische Aktivitäten des Landeschülerrates geworden.

Unser Netzwerk der ostdeutschen Juso-Landesverbände arbeitet immer besser zusammen. So fanden und finden regelmäßige Treffen statt, werden Veranstaltungen gemeinsam organisiert und realisiert, gemeinsame Vorstandssitzungen abgehalten und die ostdeutschen Vertreter/innen im Bundesvorstand unterstützt.

Wir sind in der sächsischen SPD verankert. In den Gremien der Partei sitzen Jusos und gestalten diese Partei mit, Unterstützung in Wahlkämpfen und in der allgemeinen politischen Arbeit ist selbstverständlich geworden. Sächsische Jusos sind aktiv in überregionalen bzw. bundesweiten SPD-Strukturen und an Parteiveranstaltungen beteiligt, dazu gehört z.B. das Forum Ostdeutschland und das Netzwerk 21.

Zu den Jugendprojekten, welche die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Susann Rührich initiiert und in Kooperation mit dem Landesverband der sächsischen Jusos realisiert hat, gehörten das Jugendmagazin "Sojus", verschiedene Postkarten-Aktionen, einige Präsentationen auf Jugendmessen und Beteiligungen bei anderen Großveranstaltungen bzw. Jugendfesten. Mit den Projekten im Rahmen der Jugendinitiative wurde die Kooperation zwischen der sächsischen SPD, dem Juso-Landesverband Sachsen und der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag in besonderer Weise befördert.

Das Jugendmagazin "Sojus", das mittlerweile zum siebenten Mal erscheinen wird, gehört zu den wichtigsten Säulen unserer Öffentlichkeitsarbeit. Diese Zeitung wird von einem Team fester und freier Redakteure, Layouter und Fotografen im Leipziger Büro erstellt. Die Verteilung erfolgt ehrenamtlich und über eine Agentur in Kneipen, Jugendeinrichtungen, Schulen und Universitäten in ganz Sachsen. Dem großen Engagement der festen und freien Redakteure und Mitarbeiter gilt unser Dank.

Wir Jusos besetzen wichtige politische Themen:

- Auswanderung und demographischer Wandel
- Bildung, vor allem Lehrerausbildung
- Rechtsextremismus
- Demokratie und Partizipation
- Hochschulpolitik
- Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften
- Drogenpolitik

In diesen Themenbereichen haben wir uns Kompetenzen erarbeitet und müssen diese noch verstärker in die öffentliche Diskussion bringen.

In Sachsen sind wir relativ konkurrenzlos, wenn es um die politische Jugendarbeit geht. Dieses müssen wir vielmehr ausnutzen, um uns politisch zu profilieren.

Trotz aller Erfolge ist unser Landesverband weiterhin zu wenig öffentlich wahrnehmbar und unsere Präsenz bleibt unter den Erwartungen an einen aktiven politischen Jugendverband. Unsere Öffentlichkeitsarbeit hat sich zwar erheblich verbessert, es konnte jedoch noch nicht der Zustand erreicht werden, in dem wir als eine politische Kraft wahrgenommen werden. Diese Situation resultiert auch aus den weiterhin bestehenden Schwierigkeiten in der dezentralen politischen Arbeit des Landesverbands.

Die Juso-Arbeit wird weiterhin von viel zu wenigen Aktiven vor Ort unterstützt – gleichzeitig besteht die Erwartungshaltung, dass der Juso-Landesverband diese Situation verändern möge. Angebote des Landesvorstands für Aktionen oder Veranstaltungen konnten aufgrund dieser Passivität zum Teil nicht wahrgenommen werden – die relativ wenigen "Macher" bei den sächsischen Jusos sind im allgemeinen absolut überlastet.

Programm 2001 bis 2003

Der Landesverband der sächsischen Jusos ist die Gesamtheit aller Juso-Unterbezirke in Sachsen. Er muss sich verstärkt der Aufgabe widmen, politische Inhalte zu kanalisieren und zu kommunizieren. Alle Mitglieder und Mitarbeiter der sächsischen Jusos sind die Handlungsträger dieser politischen Arbeit. Der Landesvorstand versteht sich als Motor dieses Prozesses und sorgt für die zentrale Koordinierung und Steuerung der Verbandsarbeit.

Die zukünftige Arbeit des Juso-Landesverbands orientiert sich maßgeblich an den Erfahrungen aus den vergangenen zwei Jahren: Bewährtes und Erfolgreiches wird fortgeführt werden, von antiquierten Strukturen und gescheiterten Projekten müssen wir uns verabschieden.

1. Politische Inhalte: Bildung, Arbeit und Kultur für sichere Zukunftsperspektiven in Sachsen

Unser Thema steht:

www.future-sachsen.de - Junge Menschen brauchen JETZT eine Perspektive.

Dieses Land wird sein Gesicht in den nächsten zehn Jahren radikal verändern. Durch die demographische Entwicklung löst sich die Alterspyramide auf, die Gesellschaft wird älter. Sachsen wird in den nächsten 15 Jahren eine halbe Million Einwohner verlieren und damit auf eine Bevölkerung von 4 Millionen Menschen schrumpfen. Im Jahr 2015 wird es mehr Menschen in unserem Land geben, die unter 18 bzw. über 65 Jahre alt sind aufgrund ihres Alters versorgt werden müssen, als solche im arbeitsfähigen Alter.

Diese Entwicklung wird durch die Abwanderungswelle noch verstärkt. Während Anfang der 90er Jahre die Abwanderung insbesondere durch eine starke Einwanderung von Aussiedlern ausgeglichen wurde, muss mittlerweile mit einem negativen Wanderungssaldo von 15.000 Abwandernden pro Jahr gerechnet werden. Und es sind vor allem die jungen, flexiblen Menschen, die unser Land verlassen. Diese Entwicklung wird sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Regionen in Sachsen auswirken. So wird man in den ländlichen Gebieten und Landkreisen die Konsequenzen der Überalterung unserer Gesellschaft und der Abwanderung gerade junger Menschen dramatischer mitbekommen als in den größeren Städten.

Die Herausforderung für die Politik heißt deshalb, Lösungen zu finden, mit denen einerseits mittel- bis langfristig den demographischen Entwicklungen entgegengesteuert werden kann und andererseits dieses Land so attraktiv gestaltet wird, dass junge Menschen ihre Perspektiven auch hier finden können. Wir Jusos stellen uns dieser Herausforderung – die Inhalte unserer politischen Arbeit heißen Bildung – Arbeit – Kultur.

1.1. Schwerpunkt: Zukunft der Hochschule

Hochschulpolitik bleibt der Schwerpunkt der Juso-Arbeit im Bereich Bildung. Die aktuellen Diskussionen um die Strukturreformen im Hochschulbereich und geplante Kürzungsmaßnahmen wollen wir mit Aktionen kritisch begleiten. In der inhaltlichen Arbeit gilt es vor allem, Zukunftsperspektiven zu skizzieren und diese konstruktiv einzubringen. Der Dialog mit der SPD-Landtagsfraktion soll hierbei intensiviert fortgesetzt werden.

Die Aktiven in den Juso-Hochschulgruppen in Sachsen sind hierbei die wichtigsten Partner bei diesem Thema. Nirgends ist das Potential und die Mitgliederbasis der Jusos so groß wie in der StudentInnenschaft. Dieser Chance gilt es, durch verstärkte Anstrengungen Rechnung zu tragen. Die bisherigen Arbeits- und Aktionsformen sowie die bestehenden Kontakte sind fester Bestandteil der politischen Arbeit der Jusos in Sachsen. Der Landesverband wird mit allen bestehenden Möglichkeiten die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen unterstützen, im

Landesvorstand erfolgt die konkrete Abstimmung zu Kooperationen und über die inhaltliche Arbeit.

Folgende Überlegungen sind Grundlage der Arbeit der Jusos Sachsen an den Hochschulen:

A: Analyse der Arbeit in Sachsen:

Die derzeit größte politisch aktive Gruppe ist die Juso-Hochschul-Gruppe Leipzig. Sie verfügt dort nach dem StuRa über das größte Potential an engagierten Mitgliedern. Dies ist Ergebnis einer inzwischen fast dreijährigem engagierten Basisarbeit in der sich politische Vermittlungsformen und Inhalte kontinuierlich weiterentwickelt haben. Auch in Chemnitz und Dresden existieren Gruppen. Während es den wenigen Aktiven an der Dresdner TU durch persönliches Engagement und die Unterstützung der Landesgeschäftsstelle bereits im vergangenen Semester gelungen ist, ein beträchtliches Veranstaltungsprogramm auf die Beine zu stellen bedarf der Standort Chemnitz der Unterstützung durch die anderen Gruppen. Auch in Freiberg und Zwickau gibt es vereinzelt aktive Jusos an der Hochschule, die sich allerdings nicht in einer Gruppe zusammengeschlossen haben. Allen gemein ist, dass es an Mitgliedern und Infrastruktur mangelt.

Zudem waren die Gruppen bei allen hochschulpolitisch brisanten Themen aktiv und haben bei Protestveranstaltungen wie der Demo gegen Stellenkürzungen im vergangenen Winter (Leipzig/Dresden) deutlich Flagge gezeigt und Position bezogen. Nicht zuletzt ist unsere Öffentlichkeitsarbeit deutlich professioneller geworden. Ein erstes gedrucktes Plakat und kontinuierliche PR-Arbeit sind hierfür Beleg. Weiterhin wurde die inhaltliche Arbeit in Arbeitskreisen vorangetrieben. Im AK Hochschule auf Landesebene und im AK auf Bundesebene entwickeln Jusos Ideen für politische Arbeit. Der AK Hochschule ist inzwischen als fester Dialogpartner der Landtagsfraktion akzeptiert und seine Anregungen werden zunehmend ernstgenommen.

Dies soll jedoch nicht zum Zurücklehnen einladen, sondern Anlass für Überlegungen sein, was dieses Potential für Möglichkeiten eröffnet.

B: Ziele und Inhalte:

Als politische Vertretung der Studentinnen an den Hochschulen sollte es unser oberstes Ziel sein studentische Positionen in die allgemein- wie hochschulpolitische Diskussion einzubringen und für diese insbesondere bei Erarbeitung von Gesetzentwürfen der SPD-Landtagsfraktion oder im Wissenschaftsministerium Mehrheiten zu gewinnen.

Da Bildungspolitik in die Zuständigkeit der Länder fällt, sollte hierbei der Fokus auf der Landespolitik liegen. Auf Bundesebene ist dies wegen zahlloser Stufen im Juso-HSG-Verband und über den Umweg des Juso-Bundesverband nur begrenzt möglich. Ergo müssen die Hochschulgruppen dort wirksam werden können, wo sie agieren: in den Ländern bzw. Landesverbänden!

Hierfür sind einige strukturelle Maßnahmen notwendig, die bisher entweder unzureichend oder gar nicht in Angriff genommen wurden.

Daher ist eine stärkere Kooperation mit dem Juso-Landesverband und örtlichen Parteistrukturen anzustreben. Verbindungen waren zwar teilweise über Personen gegeben, ein institutionalisierter oder gar automatisierter Informationsaustausch bzw. zielgerichtete Anstrengungen des Landesverbandes im Feld Hochschule sind bisher jedoch ausgeblieben. Stärkere Kooperation, die beiderseitige Aktivitäten erfordert, ist daher von Nöten.

Im Zuge der notwendigen Maßnahmen ist als erstes die Einrichtung einer sachsenweiten Homepage der Juso-Hochschulgruppen in Angriff zu nehmen und (begleitend) die Vernet-

zung zu anderen Jusos an sächsischen Hochschulen voranzutreiben. Dieses kann mit dem Fernziel eines flächendeckenden Netzes von Hochschulgruppen in Sachsen in Angriff genommen werden und nur durch Kooperation mit den bereits bestehenden örtlichen Parteistrukturen gelingen. Eine zügige Einigung auf ein einheitliches Design und inhaltliche Grundsätze innerhalb der Hochschulgruppen sind hierbei notwendig, um auch nach außen gemeinsam auftreten zu können.

Kontinuierliche inhaltliche Arbeit kann durch regelmäßig organisierte Seminare abgesichert werden. Darüber hinaus bietet sich die Nutzung der Angebote des Juso-Bundesverbandes und Partner wie Bildungswerke und Gewerkschaften an. Auch hierbei mangelt es meist nur an Informationsaustausch und weniger an Interesse.

Zudem sollten an den Hochschulen als politisierter Raum Vermittlungsformen wie Infotouren und Plakatkampagnen erprobt werden. Diese erfordern ohne Zweifel Finanzen des Landesverbandes, welche hier aber effektiver und zielgerichteter eingesetzt werden könnten, als in anderen Bereichen.

Darüber hinaus können Hochschulen, insbesondere Universitäten Forum unterschiedlichster gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ideen sein. Die Beschränkung allein auf hochschulpolitische Themen käme daher einer Selbstamputation gleich. Dies hat inzwischen auch der Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen erkannt, kann dem jedoch durch die Verquickungen mit den Juso-Bundesverband nur unzureichend gerecht werden. Daher sollte man, wie in Leipzig und Dresden schon erfolgreich praktiziert, weiterhin tagespolitisch aktuelle Themen aufgreifen und wenn lohnenswert auf das bewährte Prinzip der Arbeitskreise zurückgreifen. Diese müssen nicht zwangsläufig auf die Hochschulen begrenzt bleiben, sind doch hochschulpolitische Themen auch für die Kommunalpolitik interessant und erfassen (zum Beispiel) außenpolitisch Themen unterschiedlichster Interessengruppen.

C: Inhalte:

Den Hochschulen in Deutschland steht ein tiefgreifender Wandel bevor, dies zum einen, weil auch unter der sozialdemokratischen Bundesregierung die nicht mehr zu ignorierende Unterfinanzierung des Systems bestehen blieb, zum anderen weil in den nächsten 10 Jahren infolge der Pensionierungswelle die Auswechslung des Lehr- und Funktionspersonal zu erwarten ist. Für die dadurch aufgeworfenen Probleme gilt es Konzepte zu erarbeiten und gute Traditionen mit den Erfordernissen der heutigen Bildungslandschaft zu verbinden.

Ein bisher beherrschendes Thema im Zuge dieser Diskussion waren die Studiengebühren. In der Vergangenheit haben wir den Bundesverband und das Bündnis gegen Studiengebühren bereits erfolgreich bei seinen Aktionen gegen Studiengebühren unterstützt. Uns steht die Herausforderung bevor, nicht nur eine Protesthaltung anzunehmen, sondern den Gebührenbefürwortern Argumente und Alternativvorschläge zu unterbreiten, um politische Mehrheiten zu gewinnen.

Ein für uns wichtigeres Thema wird die notwendige Reform der studentischen Selbstverwaltung und die Thematisierung der Geschlechtergerechtigkeit an deutschen Hochschulen sein. Hier können wir als StudentInnen unsere Erfahrungen und Kompetenzen einbringen und auf der universitären Ebene bekannt machen.

Das Zukunftsthema wird die Gestaltung des lebenslangen Lernens, also die praktikable Integration von Zweitstudien, Seniorenstudien und Aufbau- und weiterführenden Studiengängen in den dahingehend noch starren deutschen Universitäts- und Hochschulbetrieb sein.

D: Visionen und Chancen:

Das Potential ist für Jusos und deren Themen in Sachsen ist in keinem Bereich so groß wie im Bereich der Hochschulen. Dieses ist weitgehend ungenutzt, weil es an einer landesweiten Koordination mangelt und es keine fokussierten Anstrengungen des SPD-Landesverbandes in diesem Feld gab. Dem könnte man durch bessere Kooperation und andere Schwerpunktsetzung abhelfen.

Chancen im Bereich Hochschule liegen sowohl in wachsenden Mitgliederzahlen und Aktionspotential, als auch in einem immensen Gewinn an Kompetenz und Erfahrung, welche an den Hochschulen vorhanden sind und für die sächsische Politik immensen Gewinn bringen könnten.

1.2. Schwerpunkt: Neue Lehrer braucht das Land

Bildung und Schule sind wieder in der öffentlichen Diskussion. Das sächsische Schulwesen steht kritisch auf dem Prüfstand und muss sich Fragen nach den Ergebnissen und der Effizienz der schulischen Ausbildung stellen. Bildung wird nicht mehr auf Wissensvermittlung beschränkt, sondern auf die Ausbildung von Kompetenz erweitert. Lehrer kommen in diesen Diskussionen nicht immer gut weg: einerseits fordert man alles von den Lehrern, andererseits traut man ihnen nichts zu. Wir sächsischen Jusos meinen, dass die Lehrerausbildung schon lange nicht mehr den konkreten Bedingungen an der Schule, den neuen Anforderungen und selbst den eigenen theoretischen Grundsätzen vom Lernen entspricht. Wir fordern eine Lehrerausbildung, welche die Pädagoginnen und Pädagogen befähigt, den Bildungsauftrag ganz spezifisch gegenüber jedem einzelnen Heranwachsenden zu erfüllen und den Lebensraum Schule attraktiv zu gestalten. Verschiedene Vorschläge, z. B. von der GEW, der KMK und erst jüngst von der sächsischen Hochschulentwicklungskommission liegen auf dem Tisch und warten auf kritische Umsetzung.

Mit unserer Internetseite „www.neue-lehrer.org“ wollen wir mit Lehramtsstudierenden, jungen Lehrerinnen und Lehrern sowie alle Interessierten in die Diskussion kommen, um konkrete politische Forderungen zu entwickeln und zu stellen. Das Projekt wird darüber hinaus mit Veranstaltungen und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

1.3. Schwerpunkt: AusbildungsdialoG mit den Gewerkschaften

Gerade beim Thema Ausbildung fehlen uns weitestgehend die Kompetenzen, um dieses wichtige Politikfeld seriös mitdiskutieren zu können. Bis auf unsere Forderung nach der Ausbildungskasse haben wir bei diesem Thema konzeptionell nichts zu bieten. Deshalb wollen wir in den Dialog mit den Gewerkschaften treten, um mit ihnen über eine qualitative und quantitative Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in Sachsen ins Gespräch zu kommen.

1.4. Schwerpunkt: SoziokulTOUR

Der Erfolg unserer diesjährigen SoziokulTOUR muss fortgesetzt werden. Wir wollen mit den Einrichtungen der Soziokultur und mit den Trägern der freien Jugend- und Kulturarbeit in Sachsen ins Gespräch kommen und uns als politischen Partner etablieren. Dabei geht es uns um die Aufwertung von kulturellen Angeboten als ein Beitrag zu einer höheren Lebensqualität gerade für junge Menschen in Sachsen. Jugendliche brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz oder einen Job, sondern auch ein sicheres soziales und kulturelles Umfeld.

2. Netzwerkarbeit

Diese Inhalte können und wollen wir nicht allein bearbeiten. Da wir so gute Erfahrungen mit unseren Netzwerken gemacht haben und darüber hinaus zu wichtigen Partnern für andere

Träger geworden sind, sollen und müssen wir die bestehenden Kooperationen ausbauen und für unsere politische Diskussion nutzen. Deshalb werden wir verstärkt den Netzwerkgedanken mit Leben füllen. Wir wollen selber Netzwerke initiieren und gestalten bzw. in bestehenden Strukturen mitwirken.

2.1. Netzwerk Jugendpolitik

Mit dem Semperkreis sind wir in einem funktionierenden Netzwerk maßgeblich beteiligt. Gemeinsam mit der DGB-Jugend, den Falken, der Naturfreundejugend, dem Grünen Jugendbündnis, der PDS-Jugend und dem AWO-Jugendwerk haben wir dieses Projekt weiter entwickelt und mit befreundeten Trägern in anderen ostdeutschen Bundesländern ein Netzwerk für Demokratie und Courage gegründet. In den einzelnen Bundesländern besteht jeweils eine Landesnetzstelle, welche die Arbeit des Landesnetzwerkes – in Sachsen ist dies der Semperkreis – organisatorisch und strukturell unterstützt. Damit sind wir nicht nur in der Lage, das Courage-Projekt fortzuführen und zu verbreitern, sondern auch unsere weiteren Aktivitäten im Rahmen der nicht-rassistischen Bildungs- und der demokratischen Kulturarbeit besser zu vernetzen. Über diese Struktur wird es auch möglich sein, mit anderen Jugendverbänden und –initiativen intensiver zusammenzuarbeiten.

2.2. Netzwerk Ost

Von einer guten Zusammenarbeit der ostdeutschen Juso-Landesverbände können wir nur gegenseitig profitieren. Erfahrungs- und Ideenaustausch können das Juso-Leben bunter und aktiver machen. Wir sächsischen Jusos haben dabei Wesentliches einzubringen. So können wir z.B. das Courage-Projekt über die Juso-Strukturen besser in den anderen ostdeutschen Bundesländer etablieren.

Auch wenn die sächsischen Jusos es bisher selten bis gar nicht mit dem Juso-Bundesverband zu tun haben wollten, müssen wir die Realität anerkennen, dass wir als Regierungsparteijugend auch vermehrt Einfluss auf bundespolitische Themen nehmen müssen. Dabei wollen wir uns nicht in ideologische Ecken drängen lassen und damit das Lieblingsspiel der Bundesjusos mitspielen. Über unsere (ostdeutschen) Vorstandsmitglieder können und wollen wir mitdiskutieren und eine vernünftige, realitätsbezogene aber auch kritische Politik bei den Jusos befördern.

Wir wollen ostdeutsche Themen stärker in die Diskussion bei den Bundesjusos bringen, denn hier haben wir Entscheidendes zu sagen. So werden wir uns einmischen, wenn es um Themen wie Bildung, Ausbildung, Hochschule und Demokratie sowie Rechtsextremismus geht.

2.3. Netzwerk Jugend

Ausgehend von der Situation, dass die SPD in Sachsen gerade bei jungen Menschen wenig verankert ist, muss es unser Ziel sein, einen Dialog zwischen Jugendlichen in Sachsen und der sächsischen SPD herzustellen. Diese Rolle können nur wir Jusos übernehmen. Deshalb wollen wir in den nächsten zwei Jahren wenn möglich alle – ansonsten soviel wie möglich – Jugendeinrichtungen und Jugendclubs besuchen. Wir wollen von den Jugendlichen erfahren, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen und was sie diesbezüglich von der Politik erwarten. Damit erhöhen wir die Authentizität unserer politischen Forderungen, wenn wir sie mit den Meinungen und Aussagen der Jugendlichen koppeln.

3. Fraueninitiative

Frauenpolitik von heute heißt nicht nur Politik für Frauen, sondern auch Politik von Frauen.

Die Jusos Sachsen haben jedoch ein massives Problem mit der Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen.

Daher soll es zu konkreten Maßnahmen geben, um die Beteiligung von Frauen im Landesverband zu fördern. Zum anderen sind alle Maßnahmen und Projekte dahingehend kritisch zu hinterfragen und kontinuierlich mit frauenpolitischen Inhalten zu verbinden.

4. Politische Aktionen

Mit spontanen Aktionen und Kurzzeitkampagnen erzeugen wir Aufmerksamkeit – sie werden verstärkt im Sinne von Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Landesverbandes in den Unterbezirken bzw. in einzelnen Städten und Regionen durchgeführt werden. Dabei geht es nicht um Masse sondern um intelligente und witzige Formen der politischen bzw. öffentlichkeitswirksamen Arbeit. So sollten wir z.B. unsere Schulaktionen wiederholen.

Auch unsere politischen Gegner sollen von uns hören und sehen. CDU-Landesparteitage sind z.B. gut dafür geeignet, unsere Haltung zur Politik der sächsischen Staatsregierung deutlich zu machen.

Aktionen müssen nicht viel kosten. Besprühte Laken, gemalte Plakate, beklebte Spruchbänder reichen aus, um genügend Aufmerksamkeit zu erzeugen. Gerade bei Entscheidungen im Sächsischen Landtag, die nicht unseren Politikansprüchen genügen, sollten entsprechende Gegenreaktionen erfolgen.

Wir werden uns auch an politischen Aktionen, Demonstrationen, Kundgebungen usw. von anderen beteiligen. „Präsent sein“ lautet unser Motto.

5. Bundestagswahl

Selbstverständlich wollen und werden wir unsere Juso-Kandidatinnen und -Kandidaten für die nächste Bundestagswahl mit Veranstaltungen, Aktionen, Jugendforen usw. unterstützen. 2002 heißt es klar, unserer Bundesregierung und unserer Partei wieder zum Wahlsieg zu verhelfen. Jusos werden auch bei diesem Wahlkampf in Sachsen der Motor sein und mit Energie, Ideen und Tatkraft die SPD und die KandidatInnen unterstützen.

6. Innerverbandliche Kommunikation

Die Kommunikation und Kooperation in unserem Landesverband muss und wird sich verbessern. Der bestehende Informationsaustausch muss umgewandelt werden in eine aktive Kommunikation. Die beste e-Group und der umfangreichste e-Mail-Verteiler können die direkte Verständigung nicht ersetzen.

Wir brauchen einen flexiblen Adressverteiler, mit dem wir unterschiedlichen Empfängern (20er: UB-Vorsitzende, LaVo; 100er: aktive Aktive; 200er: Juso-Aktive; A: alle Jusos; NW: Netzwerk- und Kooperationspartner, Sympathisanten) Informationen per Post zusenden können. Es wird angestrebt, dass jeder Juso die erforderlichen Daten erhält, um direkt in Kontakt mit Landesvorstands- und Landesausschussmitgliedern sowie aktiven Jusos in den einzelnen Regionen treten zu können.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung der bestehenden Verteilerstrukturen werden wir die Möglichkeit einer landesweiten Umfrage bzw. Datenerfassung unter den sächsischen Jusos prüfen. Damit sollen die derzeitigen Datenbestände aktualisiert und gleichzeitig den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, individuelle Interessen und Vorschläge zu äußern.

Wir wollen weiterhin per e-Mail Informationen weiterleiten und austauschen. Auf diesem Weg sollen z.B. Presseerklärungen des Landesverbandes zeitgleich mit der Veröffentlichung an die Jusos im e-Mail-Verteiler bekannt gegeben werden. Des Weiteren möchten wir mit einem regelmäßig erscheinenden Newsletter die Jusos per e-Mail über die laufenden Aktivitäten im Verband informieren.

Das Internet und die Homepage der Jusos Sachsen wird verstärkt genutzt werden, um jedem Juso aktuelle Informationen zugänglich zu machen. Es wird die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung eines Terminkalenders auf der Juso-Homepage angestrebt, mit dem die laufenden Aktionen und insbesondere die Aktivitäten in den Unterbezirken angekündigt werden können. Auf diesem Wege sollen in Zukunft auch die Termine und Orte von Landesvorstands- und Landesausschusssitzungen jedem Juso rechtzeitig angekündigt werden, darüber hinaus sollen die Protokolle von LDKs, LaVo- und LA-Sitzungen zeitnah zugänglich gemacht werden. Bestehende Internetseiten einzelner Unterbezirke werden auf der Homepage der Jusos Sachsen verlinkt.

Wir wollen die direkte Kommunikation mit den Juso-UB-Vorsitzenden verstärken. Dafür muss der Landesausschuss seine Rolle finden und sich auch als dieses Kommunikationsinstrument definieren. Ggf. wird der Landesvorstand zu eigenen UB-Vorsitzendenkonferenzen einladen, darüber hinaus sollten eine gemeinsame Klausurtagung des Landesausschusses und des Landesvorstands durchgeführt werden.

Für die Arbeit im Landesvorstand wird angestrebt, dass sich die Mitglieder auf Kompetenzbereiche spezialisieren und diese mit Leben ausfüllen. Mehr Kompetenz und Engagement in Inhalten sind erhoffte und erwartete Folgen.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Das Magazin „Sojus“ sucht auf Juso-Bundesebene in Format und Qualität seines Gleichen und ist damit zum Aushängeschild der Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Sachsen geworden. Im Jugendmagazin konnten erstmalig die Aktivitäten der Jusos in ganz Sachsen dokumentiert und über bis zu 10.000 Ausgaben weitervermittelt werden.

Zahlreiche Jusos gewannen im Rahmen des Projektes an Medienkompetenz. Zudem konnten Partner und Inhalte der Sozialdemokratie hierin beworben werden. Der Juso-Landesvorstand wird alle Möglichkeiten prüfen und die in Frage kommenden Finanzierungsquellen in erster Linie dafür nutzen, den Fortbestand des Projektes abzusichern.

Darüber hinaus brauchen wir eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, dazu gehört in erster Linie eine intensivere Pressearbeit. Dabei müssen wir mehr agieren als reagieren. Direktere Kontakte zu Journalisten müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden, hierbei ist insbesondere die Nutzung von bestehenden Pressekontakten vor Ort erforderlich. Initiativen des Landesverbandes und politische Stellungnahmen zu aktuellen Themen müssen in geeigneter Form und nach Möglichkeit auch in lokalen Medien positioniert und mit der Pressearbeit in den Unterbezirken verknüpft werden. Jusos müssen in der öffentlichen politischen Debatte präsent sein.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes soll dadurch transparenter gemacht werden, dass wir unsere Pressemitteilungen in die Juso-e-Group stellen und diese somit für die Unterbezirke nutzbar sind.

Für ein geschlossenes Auftreten des Landesverbandes wird in Zukunft ein einheitliches Logo genutzt!

Wir arbeiten mit dem Medium Internet. Zur Zeit sind wir an drei Internetseiten aktiv beteiligt:

- www.jusos-sachsen.de
- www.neue-lehrer.org
- www.future-sachsen.de

Diese Seiten müssen gut verkauft werden. Unabdingbar ist dabei die Aktualität unserer Juso-Internetseite(n). Die Überarbeitung bzw. Erstellung der Juso-Internet-Seiten hat gemeinsam mit den Unterbezirken und in Abstimmung mit den Schwerpunkten des Landesverbandes zu erfolgen.

Wir brauchen eigene Materialien, mit denen wir werben und unsere Positionen vertreten können. Neben dem Juso-Vorstellungsflyer sollen themenspezifische Materialien erstellt werden.

In den letzten Jahren haben wir uns an verschiedenen Jugendmessen beteiligt. Dies hat zwar viele Ressourcen vereinnahmt, war aber ein großer Erfolg. Wir haben trotz mancher Widerstände bei den Veranstaltern unsere Zielgruppe gut erreicht und den Jugendmessen unseren Stempel aufgedrückt, egal ob wir dies durch Bands oder durch Diskussionsrunden erreicht haben. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und – so es das Budget erlaubt – an weiteren Jugendmessen teilnehmen.

Alle Vorhaben und Aktivitäten müssen sich in erster Linie an unseren bestehenden Ressourcen orientieren. Die wichtigste Ressource sind die Menschen, die sich einbringen können und auch wollen – daneben geht es aber vorrangig um die finanziellen Möglichkeiten, die den Rahmen für unsere Arbeit vorgeben.

Von beidem haben wir zu wenig. Das heißt für uns, einerseits Ressourcen nicht zu vergeuden und andererseits neue Ressourcen aufzubauen.

Wir können nur Aktionen und Veranstaltungen durchführen, wenn auch genügend Macher/innen dabei sind. Unsere Mitglieder müssen daher auch besser motiviert werden, sich an unserer Arbeit zu beteiligen.

Von den finanziellen Ressourcen, die uns die Partei zur Verfügung stellt, können wir unsere Arbeit nicht finanzieren. Wir müssen uns trotz der schwierigen Bedingungen für politische Jugendorganisationen vermehrt um Förderungen für unsere Arbeit bemühen. Dazu zählt auch der gemeinsame Kampf mit den anderen politischen Jugendverbänden in Sachsen für eine Förderung des Politischen Jugendrings in Sachsen.

Wir wollen die Unterbezirke bei regionalen Fördervorhaben beraten und unterstützen. Wir sollten in einzelnen Kreisen die vorhandenen Politischen Jugendringe nutzen und in anderen diese aufbauen.

A 1: future-sachsen. Junge Menschen brauchen JETZT eine Perspektive

(gleichzeitig als Antrag an den SPD-Landesparteitag und den Juso-Bundeskongress)

Dieses Land wird sein Gesicht in den nächsten zehn Jahren radikal verändern. Durch die demographische Entwicklung löst sich die Alterspyramide auf, die Gesellschaft wird älter. Sachsen wird in den nächsten 15 Jahren eine halbe Million Einwohner verlieren und damit auf 4 Millionen schrumpfen. Im Jahr 2015 wird es mehr Menschen in unserem Land geben, die aufgrund ihres Alters versorgt werden müssen (also die unter 18- und die über 65-Jährigen) als solche im arbeitsfähigen Alter. Durch diese Entwicklung wird sich die Kaufkraft gemessen am Nettoeinkommen um 10 Prozent verringern. Schon allein dieses Beispiel zeigt, dass die Konsequenzen sehr weitreichend und umfassend sein werden.

Dieser dramatische Trend wird durch die Abwanderungswelle noch verstärkt. Während Anfang der 90er Jahre die Abwanderung insbesondere durch eine starke Einwanderung von Aussiedlern ausgeglichen wurde, muss mittlerweile mit einem negativen Wanderungssaldo von 15.000 Abwandernden pro Jahr gerechnet werden. Und es sind vor allem die jungen, flexiblen Menschen, die unser Land verlassen.

Diese Entwicklung wird sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Regionen in Sachsen auswirken. So wird man in den ländlichen Gebieten und Landkreisen die Konsequenzen der Überalterung unserer Gesellschaft und der Abwanderung gerade junger Menschen dramatischer mitbekommen als in den größeren Städten.

Die Herausforderung für die Politik heißt deshalb, politische Antworten zu finden, mit denen einerseits mittel- bis langfristig dieser demographischen Entwicklung nachhaltig entgegengesteuert werden kann und andererseits dieses Land so attraktiv gestaltet wird, dass junge Menschen ihre Perspektiven auch hier finden können. Dieser Herausforderung stellen wir uns Sozialdemokraten.

Zu den Konzepten für den Erhalt einer gesunden Alterspyramide gehören zum einen ein auf die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten abgestimmtes Einwanderungskonzept und zum anderen eine umfassende und solide Familienpolitik. Wir fordern eine Politik, in der Familie und Beruf miteinander vereinbar sind, in der Männer gleichanteilig an Haushalt und Erziehung beteiligt sein können und die eine kinderfreundliche Gesellschaft fördert.

Wir brauchen JETZT für unsere Jugend eine Perspektive. Jugendliche sollen in unserem Land eine gute (Aus-) Bildung erhalten, einen sicheren Job finden und sich in einem hochwertigen sozialen und kulturellen Umfeld wohl fühlen können.

Wir Jusos fordern deshalb eine umfassende Schulreform, die

- den Bildungs- und Erziehungsauftrag verändern,
- die Lehrerbildung reformieren und
- die Ausstattung der Schulen massiv verbessern will.

Schule muss auf die Zukunft vorbereiten. Dabei geht es vermehrt auch um eine Persönlichkeitsbildung. Doch soziale Kompetenzen können nicht vermittelt sondern müssen ausgebildet werden. Dazu gehört, dass Kinder und Jugendliche wissen was sie wollen. Ihnen muss neben einem fundierten Grundwissen und anwendbaren Grundfertigkeiten vor allem vermittelt werden, wie sie das Lernen lernen. Sie müssen befähigt werden, sich selbst zu organisieren.

Wir wollen Ganztagschulen, in der eine Versorgung und Betreuung bis 18.00 Uhr gewährleistet ist.

Wir wollen mehr Alternativen zu den staatlichen Schulen. Je vielfältiger ein Schulsystem, desto attraktiver ist es.

Wir wollen eine demokratischere Schule. Schülerinnen und Schüler sollen über ihre Schule und über die Lernziele mitbestimmen können. Dazu fordern wir mindestens, die Schulkonferenz paritätisch zu besetzen und mit mehr Kompetenzen auszustatten.

Um dieses zu erreichen, brauchen wir eine Veränderung des Selbstverständnisses der Lehrer/innenrolle. Keine Veränderung in der Schule kann ohne die Lehrerinnen und Lehrer oder gegen sie gemacht werden. Das heißt für uns, dass sie dazu motiviert werden müssen, sich auf den neuen Weg einzulassen und sich mit ihrem Potential einzubringen. Wir brauchen aber vor allem neue und junge Lehrer, die eher in der Lage sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Deshalb fordern wir die Reform der Lehrerausbildung. Lehramtsstudierende müssen durch ihre Ausbildung dazu befähigt werden, den oben genannten Zielen gerecht zu werden.

Unsere Schulen brauchen eine ordentliche Ausstattung. Dazu gehören der innere und der äußere Zustand unserer Schulgebäude. Wir fordern die sächsische Staatsregierung auf, endlich in den Neubau und die Sanierung der sächsischen Schulen zu investieren. Wir unterstützen die Bundesregierung in dem Vorhaben, ein Kommunales Investitionsprogramm (KIP) aufzulegen und sehen darin eine Möglichkeit, zusätzliche Mittel zur Sanierung und Neubau von Schulen zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortung liegt aber immer noch bei dem Schulträger: der Kommune. Diese muss sich dieser Pflicht stellen, so kann z.B. mit "sale and lease back"-Verfahren eine Schule von privaten Investoren saniert werden. Äußere Lernbedingungen haben einen entscheidenden Anteil an der Lernqualität. Viele Schulen haben inzwischen Computerkabinette eingerichtet. Auch wenn diese oft einen sehr veralteten technischen Stand besitzen, ist dies ein wichtiger Schritt für ein Lernen im Medienzeitalter. Wir fordern nun aber, dass jede Schule auch online ist, denn jede Schule braucht in Zukunft das Internet. Dafür müssen die technischen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Wir wollen ein wohnortnahes Schulnetz. Trotz der sinkenden Schüler/innenzahlen müssen die Wege für die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen innerhalb von 20 Minuten zu Fuß oder mit dem Schulbus zu bewältigen sein. Dabei dürfen die Schülerinnen und Schüler, die auf den Schulbus angewiesen sind, nicht länger als 30 Minuten warten.

Wir Jusos wollen die berufliche Ausbildung im Dualen System stärker verankern, um

- jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren und
- die Ausbildung qualitativ zu verbessern.

Der Staat muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Jugendliche einen ordentlichen und anerkannten Ausbildungsplatz in unserem Land erhält. Er kann steuernd eingreifen und Betriebe zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze stimulieren. Wir favorisieren als Steuerungselement die von uns Jusos und der SPD-Landtagsfraktion geforderte Ausbildungskasse.

Die Ausbildung muss sich qualitativ verbessern, um wettbewerbsfähig zu sein. Dies kann zum Beispiel durch Ausbildungsverbünde erzielt werden, in denen Betriebe über Ländergrenzen hinweg Auszubildende in ihren Einrichtungen beschäftigen bzw. unterrichten und damit vorhandene Strukturprobleme minimieren.

Zur Qualitätsverbesserung gehört auch ein stärkerer Praxisbezug der Ausbildung. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung zwischen den Berufsschulen und den Betrieben, damit die Ausbildungsinhalte und Module besser abgestimmt werden können.

Wir wollen eine modulare Ausbildung. Diese umfasst eine stufenweise Qualifizierung, beginnend mit allgemeinen Grundlagen zum Tätigkeitsgebiet, der anschließenden Vermittlungen von spezifischen Fragen zum Berufsfeld und der abschließenden Ausbildung im entsprechenden Beruf. Diese modulare Ausbildung ermöglicht einen stärkeren Praxisbezug und kann sich direkt mit betrieblichen Spezifika beschäftigen.

Wir brauchen neue Berufsbilder und eine Modernisierung der konventionellen Berufe. Dazu müssen die Kammern flexibler und schneller auf ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und neue Berufsbilder anbieten und zulassen.

Wir Jusos sehen Sachsens Hochschulen als den innovativen Faktor für unser Land, mit dem wir

- die Vernetzung zwischen Universität, Wirtschaft und Region herstellen,
- das Studium internationalisieren,
- die Hochschule als gesellschaftliche Institution verankern und
- die Hochschule als Zukunftsinvestition verstehen wollen.

Hochschulen und Universitäten sind zentrale Bestandteile eines intakten ökonomischen, kulturellen und sozialen Umfelds. Für die wirtschaftliche und demographische Entwicklung sind sie ein wichtiger „Standortfaktor“, den Kommunen stärker nutzen müssen.

Eingebunden in ein enges Netz von Forschungsinstituten und Unternehmen geben Hochschulen der regionalen Wirtschaft wichtige Impulse und garantieren einen fruchtbaren Wissens- und Personaltransfer. Gerade in strukturschwachen Regionen wie den ostdeutschen Bundesländern sind solche öffentlich geförderten Netzwerke von besonderer Bedeutung.

Hochschulen dienen dem Ansehen einer Region. Sie fördern den Austausch mit Partnern in anderen Städten und Ländern, bringen Auswärtige in die Region und eröffnen jungen Menschen Kontakte in die ganze Welt. Das internationale Umfeld der Hochschulen dient unseren Städten und bereichert das Leben in ihnen.

Hochschulen befördern den direkten Austausch mit Fachkräften in anderen Ländern. Um diesen weiter zu intensivieren, ist es notwendig, die Bedingungen des internationalen Austauschs mit übertragbaren Studienabläufen und -abschlüssen zu erleichtern. Die Einführung international anerkannter Studienabschlüsse und der Aufbau englisch- und mehrsprachiger Studiengänge sind Methoden, die den internationalen Austausch fördern. Gleichzeitig müssen regionale Besonderheiten herausgehoben und beworben werden. Die Diplom-Ingenieur-Studiengänge unserer sächsischen Hochschulen sind z.B. solche Aushängeschilder, genauso wie die besondere und günstige geographische Lage im Dreiländereck Deutschland – Polen – Tschechien. Die Neugliederung der Hochschulen nach 1990 ergibt hierbei einen strukturellen Vorteil, der es ermöglicht, dass unsere Hochschulen eine Vorreiterrolle im Umbau einnehmen können.

Hochschulen sind ein Ort des Wissens und der Bildung. Durch ihre geistige Produktivität befördern sie das kulturelle und geistige Leben unserer Region. Ihr kritisches Potential durchdringt im Austausch unsere Gesellschaft. Im Dialog mit den Hochschulen können wir gesellschaftliche Probleme reflektieren und besser verstehen. Ein solcher Dialog ist ein wesentlicher Beitrag für die Gerechtigkeit und Stabilität unseres demokratischen Gemeinwesens. Um diesen Dialog fruchtbar zu gestalten, dürfen Hochschulen nicht zu „Elfenbeintürmen“ verkommen, sondern müssen in engem Austausch mit ihrer Umgebung stehen. Davon profitieren Region und Hochschulen gleichermaßen. Beide Seiten müssen bemüht sein, diesen Austausch durch stetige Bemühungen so stark und reichhaltig wie möglich zu gestalten.

Hochschulbildung ist ein teures und wertvolles Gut. Sie bildet die Grundlage für individuelle und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven. Gerade deshalb muss jede/r die Chance auf ein Hochschulstudium erhalten. Die staatliche Unterstützung für Studierwillige, die sich selbst kein Studium leisten können, ist daher ein integraler Bestandteil eines gerechten Hochschulsystems. Die BAföG-Novelle der Bundesregierung war hier ein Schritt in die richtige Richtung. Das elternunabhängige BaföG ist weiterhin unsere Forderung.

Eine effiziente Organisation der Hochschulen ermöglicht den Einsatz von grundsätzlich knappen Ressourcen dort, wo sie den meisten Nutzen bringen: in Lehre und Forschung. Um diesen Prozess zu unterstützen ist es sinnvoll, den einzelnen Hochschulen mehr Autonomie-rechte einzuräumen. Globalhaushalte geben Hochschulen die Möglichkeit, Ressourcen dort einzusetzen, wo sie dringend benötigt werden. Inhaltliche Gestaltungsräume ermöglichen

es einzelnen Hochschulen, spezifische Profile auszubilden, welche die Qualität des Bildungsangebots insgesamt steigern, ohne dass der Charakter als Volluniversität verloren geht.

Wir Jusos wollen eine demokratische Kultur, in der sich die Menschen aktiv beteiligen können, bei der ihre Ideen, Meinungen, Anregungen und Aktivitäten zählen. Beteiligung darf sich nicht auf ein „Anhören der Anliegen“ beschränken, sondern muss den Menschen die Gelegenheit geben, direkt das Ergebnis mit zu gestalten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen vor allem eine Gesellschaft gestalten, in der sich Kinder und Jugendliche einbringen können. Sie sind mit ihren Vorstellungen und Ideen ein gleichwertiger, mündiger Partner für uns. Gerade in der Kommunalpolitik sind vielfältige Möglichkeiten für Beteiligung gegeben. So können Kinder und Jugendliche in Planungszellen ihren sozialen Lebensraum aktiv mitgestalten, so können Jugendliche mit Zukunftswerkstätten dazu motiviert werden, eigene Projekte umzusetzen, so können Kinder als Stadtteildetektive auf Müll- und Dreckecken im Stadtteil hinweisen oder ihre eigene Spielplätze planen. Möglichkeiten zur Beteiligung sind keine Frage des richtigen Modells sondern des politischen Willens.

Wir Jusos stellen uns den Herausforderungen, die uns durch eine demographische Entwicklung und eine dramatische Abwanderungswelle politische Antworten abverlangt, damit junge Menschen JETZT eine Perspektive in unserem Land finden können.

A 2: ...bevor es zu spät ist – Für eine wirkungsvolle Prävention im Bereich des Rechtsextremismus

(gleichzeitig als Antrag an den SPD-Landesparteitag und den Juso-Bundeskongress)

Zehn Jahre ist es her, da brannten in Ostdeutschland die ersten Asylbewerberheime, die in Hoyerswerda. Spätestens seit dem Zeitpunkt ist Rechtsextremismus in Ostdeutschland zum Thema geworden. Doch gern redet immer noch niemand über Übergriffe, Diskriminierungen, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit.

Die momentane Situation stellt sich für uns wie folgt dar:

In Ostdeutschland kann sich ein (jugend-) kulturelle Mainstream des Rechtsextremismus ausbreiten, in dem Fremdenfeindlichkeit und die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden nicht selten ist. Die rechte Subkultur dominiert besonders in den für Jugendliche wichtigen sozialen Bereich Schule und Wohnort. Plakative Problemlösungen werden den demokratischen, aber komplexen Lösungsansätzen häufig vorgezogen.

Verantwortliche Kommunalpolitiker, aber auch viele für Jugendliche wichtige Bezugspersonen in Schule, Betrieb, Ausbildungsstätte und Familie wollen diese Entwicklung nicht wahrhaben oder verharmlosen sie. Trotz ständig offener oder subtiler erlebter Gewalt wird verharmlost, oder entsprechende Taten werden als Einzelfälle abgetan. Nicht selten geschieht dies aus Angst vor etwaigem Schaden für Gemeinde, Firma oder Schule. Besonders negativ wirkt sich aus, dass viele Jugendliche in Ostdeutschland keinen persönlichen Kontakt zu AusländerInnen, AsylbewerberInnen und MigrantInnen haben. Auch dadurch kann kein Verständnis für Fremde und Fremdes entstehen und andererseits zeigt es auch die Absurdität der politischen Erklärungsmuster des weit verbreiteten Rechtspopulismus. Überfremdungsgangst wird am häufigsten dort zur Grundlage der Intoleranz, wo Fremdes und Fremde wenig real erlebt werden.

Kinder und Jugendliche ziehen eine Stärkung ihrer Persönlichkeit aus der Diskriminierung und Abwertung anderer. Die Selbstdefinition wird über eine Abgrenzung zum anderen gewählt. Vorurteile prägen viele Handlungsweisen, dazu besteht auch ein Mangel an Erfahrungen mit demokratischen Institutionen sowie Verhaltensweisen. Oftmals wird mit Frustrationen aus dem Scheitern von Lebensentwürfen und persönlichen Entwicklungsvorstellungen so umgegangen, dass Fremde und fremdartiges verantwortlich sein soll für eigene Schwierigkeiten. Es fehlt bei der Bewältigung von Aufgabenstellungen und auch bei der Verarbeitung von Konflikten insbesondere an sozialen und kommunikativen Kompetenzen. Die Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen sind relativ begrenzt und unattraktiv.

Durch Separationsentwicklungen und Nationalismus werden auf Grundlage von Scheinlösungen Sicherheiten vermittelt. Fremdenfeindlichkeit, Alltagskultur werden Stereotypen, Feindbilder und Einstellungen transportiert, verbreitet und akzeptiert, welche einem demokratisch orientierten Rechtsstaat mit entsprechender Auseinandersetzungskultur diametral widersprechen. Die sich daraus ergebenden Ausgrenzungen und Bedrohungen betreffen nicht nur Ausländer, Asylbewerber, internationale Gäste, sozial Schwächere und Benachteiligte, sondern sie beziehen alle nicht der vermeintlichen Norm angepassten Jugendlichen ein. Nicht nur das Fremde wird als divergent abgelehnt, sondern schon das nichtangepasste wird teilweise für eigene Problemstellungen pauschal verantwortlich gemacht. Die Vorurteile und Urteile tragen dabei klar rassistisch motivierte Grundzüge und widersprechen damit der freiheitlich demokratischen Ordnung der Bundesrepublik. Der Würde des Menschen wird widersprochen.

Gleichzeitig ist zu beobachten, daß sich die verschiedenen Erziehungs- und damit Sozialisationsinstanzen die Verantwortung gegenseitig zuschieben. Institutionen schotten sich allzu

oft ab und reagieren so auf die gestiegene Notwendigkeit zur Vernetzung negativ. Die Stärkung einer demokratischen Kultur ist nur zu erreichen, wenn unterschiedliche Partner zusammenarbeiten und nicht die Verantwortung wechselseitig abgeben. Die Trennlinien Familien-Schule, Schule-Gesellschaft, Gesellschaft-Staat usw. müssen überwunden, Verantwortungsbereiche geteilt werden. Soziales Leben ist nur erlernbar in sozialer Wirklichkeit. Deshalb kann Erziehung nicht getrennt verfolgt werden.

Rechtsextremistischen Meinungen und Aussagen wird allzu häufig nichts entgegengesetzt. Eltern, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen fühlen sich unsicher und nicht ausreichend kompetent, um Auseinandersetzungen mit Jugendlichen durchzustehen. Dabei ist gerade die Widerspruchsfunktion dieser Verantwortungsträger von besonderer Wichtigkeit.

„Werde rechts, und dir wird geholfen“. Dieser provokative Spruch drängt sich manchmal auf, wenn man die Jugendarbeit sieht, die sich des Problems Rechtsextremismus annimmt. Auffälligen rechten Jugendlichen werden Räume angeboten, sie bekommen Programme und Beachtung. Eine spezielle Betreuung ist auch sicher nötig. Vergessen wird jedoch der Bereich der Prävention. Zu verhindern, daß Kinder und Jugendliche zu Rechtsextremisten werden, das muß von der Gesellschaft geleistet werden.

Die gegebene Situation erfordert auf allen Ebenen der Bildungs- und Sozialarbeit, aber gerade auch der Politik, Wirtschaft, Medien etc. Aufklärung und Bildung sowie den Aufbau und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, um so wirksame Prävention zu leisten bevor sich rechtsextremistisches Gedankengut und rechtsextreme Strukturen etablieren können.

Deshalb fordern wir:

- eine aufklärende und Vorurteile abbauende Sozialarbeit kontinuierlich und kompetent zu gewährleisten. Dabei ist die Jugendschulsozialarbeit zu verstärken. Das heißt, wir wollen damit eine Jugendsozialarbeit etablieren, die sich klar nicht-rechts positioniert. Die Praxis der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen sehen wir als gescheitert an.
- die außerschulische Jugendbildungsarbeit zu stärken und in den unterschiedlichen Lebensbereichen gerade junger Menschen zu verankern. Dazu müssen sich Schulen, Ausbildungsstätten, Betriebe und andere Einrichtungen öffnen und kompetente Anbieter außerschulischer, demokratischer und nicht-rassistischer Bildungsarbeit in ihre Einrichtungen holen. Der Projekt(schul)tagansatz ist dabei ein Baustein, der durch weitergehende Angebote verbreitert werden sollte.
- umfassende Fort- und Weiterbildungskonzepte und -programme für die Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Lehrerinnen und Lehrern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Verwaltung und Wirtschaft etc.), anzubieten und als berufliche Qualifizierung anzuerkennen, auch wenn diese Angebote von anderen Bildungsträgern als der SALF (Sächsische Akademie für Lehrerfortbildung) kommen.
- alternative (Gegen-)Kulturen gestärkt werden (z.B. durch Soziokulturelle Animation), vor allem dort, wo sich rechte Hegemonialstrukturen zu entwickeln drohen oder dieses bereits geschehen ist.
- die interkulturelle Arbeit gerade in den jetzigen EU-Grenzgebieten massiv ausgebaut wird. Interkulturelle Bildungsarbeit muss sich zu einer Querschnittsaufgabe aller Bildungsträger entwickeln.

A 3: Studentische Mitbestimmung und akademische Selbstverwaltung

(gleichzeitig als Antrag an den SPD-Landesparteitag und den Juso-Bundeskongress)

1. Motivation des Antrags

Die Hochschullandschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich sehr vielfältig, nicht zuletzt aufgrund der Hoheit der Bundesländer in bezug auf die Wissenschafts- und Bildungspolitik. Dies spiegelt sich auch im Bereich der Mitbestimmung der Studentinnen und Studenten an der universitären Selbstverwaltung und der Möglichkeit der eigenen, also der studentischen Selbstverwaltung wider (z. B. die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft in Bayern und Baden-Württemberg in den Siebziger Jahren, Entwicklung und Implementierung verschiedener StuRa-Modelle in einigen der neuen Bundesländer im Gegensatz zu bestehenden AStAs und StuPas an den Hochschulen im alten Bundesgebiet). Die Probleme, mit denen sich die studentischen Vertreterinnen und Vertreter konfrontiert sehen, ähneln sich aber weitgehend: ungenügende Möglichkeiten bei der Beteiligung an der Entscheidungsfindung in den Gremien der universitären Selbstverwaltung ebenso wie die mangelnde Akzeptanz der Studierendenvertretungen unter den Studentinnen und Studenten, wofür die alljährlich bedrückenden Wahlbeteiligungen als deutliches Anzeichen zu werten sind. Deshalb erscheint es uns geboten, die unserer Meinung nach bestehenden Probleme und Missstände aufzuzeigen und Alternativvorschläge zu entwickeln.

2. Analyse der derzeitigen Situation

Bei der Problematik der studentischen Mitbestimmung müssen zwei Ebenen bedacht werden: die Mitwirkung der studentischen Vertreterinnen und Vertreter an der universitären Selbstverwaltung sowie die Selbstverwaltung der Studierendenschaft. Allerdings sind beide Ebenen miteinander verknüpft. Diesem Zusammenhang soll im Folgenden kurz nachgegangen werden.

2.1 Die gesamtuniversitäre Ebene

Das Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973 hat durch eine sehr rigide Auslegung des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes ("Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.") die Gremienstrukturen für die damals gerade entstehende Organisationsform der Gruppenuniversität vorgegeben. Demnach müssen in allen Gremien, die Fragen von Forschung und Lehre sowie von Berufungen berühren, die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Professorinnen und Professoren "maßgebenden" bzw. "ausschlaggebenden" Einfluss haben, also mindestens 50% der Stimmen. In der Praxis wurde diese Vorgabe aber auf alle universitären Selbstverwaltungsgremien ausgedehnt. Anscheinend war die Vorstellung vorherrschend, die Professorinnen und Professoren würden von den spezifischen Interessen ihrer Statusgruppe abstrahierend lediglich das Wohl des Wissenschaftsbetriebes verfolgen, während die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Statusgruppen (Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studentinnen und Studenten, Sonstige hauptamtlich Angestellte) reine Interessenpolitik betrieben. Das dürfte aber schwerlich möglich sein. Gerade im Hinblick auf die im Zuge derzeitiger Hochschulreformen geplante Übertragung von Kompetenzen auf die Hochschulen (Globalhaushalte, Bewirtschaftung der Planstellen usw.) ist dieser Zustand durch nichts zu rechtfertigen und nicht hinnehmbar. Entscheidungen, die die Mitglieder aller Statusgruppen betreffen, dürfen nicht von vorne herein durch die Vertreterinnen und Vertreter einer Gruppe bestimmbar sein, sondern sollten möglichst durch eine faire Aushandlung der Interessen aller Gruppen zustande kommen. Die grundgesetzlich verbrieft Freiheit von Forschung und Lehre soll die Wissenschaft vor

staatlichem (also politisch oder religiös motiviertem) Eingreifen schützen. Die Vorherrschaft einer bestimmten Mitgliedergruppe der Hochschule ist damit aber nicht zu rechtfertigen, auch nicht mit dem Hinweis auf die zu schützende Berufsfreiheit der Professorinnen und Professoren. Darüber hinaus dürfte das professorale Übergewicht in den die gesamte Hochschule betreffenden Gremien aber auch gewichtigen Anteil an der mageren Beteiligung der Studentinnen und Studenten an der akademischen Selbstverwaltung haben. Wo sich strukturell wenig Möglichkeiten zur Mitgestaltung ergeben, da wird auch kaum ein Wille zur Mitarbeit, ja wohl zum Teil sogar gar kein Interesse an den Geschicken der Hochschule zu erwarten sein.

2.2 Die Selbstverwaltung der Studierendenschaft

Allerdings bleiben auch die Gremien der studentischen Selbstverwaltung hinter ihren Möglichkeiten zurück. Das System des AStA/StuPa bietet zwar den Vorteil größerer Politisierung der Studentinnen und Studenten. Gleichzeitig darf aber auch nicht vergessen werden, dass politische Flügelkämpfe und langwierige, teilweise bis zu einem halben Jahr andauernde Koalitionsverhandlungen zu Selbstblockade und unnötiger Verschleppung der Arbeit führen können. Gerade bei einer so kurzen "Legislaturperiode" von einem Jahr sollte aber die Arbeitsfähigkeit der Selbstverwaltungsorgane oberste Priorität genießen. Des Weiteren ist der Einfluss der Fachschaften strukturell gering. Da meist keine Koordinierung der Fachschaftsvertretungen untereinander und mit dem AStA/StuPa erfolgt, sind fachschaftsspezifische Anliegen und Probleme auf Gesamthochschulebene nur unzureichend diskutier- und bearbeitbar. Eine Zersplitterung in einzelne Fachbereiche und schlechte Kommunikationsabläufe können die Folge sein.

Einige StuRa-Modelle kranken an der nur indirekten Legitimierung der studentischen Vertreterinnen und Vertreter, da sie über die Fachschaften in das Plenum entsendet werden. Als noch problematischer ist zu werten, dass das Plenum kein Recht zur Bildung eigener Ausschüsse besitzt, sondern lediglich von der Grundordnung der Universität vorgegebene Ausschüsse existieren (so z. B. an der Universität Leipzig). Inhaltliche Arbeit wird daher meist nur von den (vom Plenum gewählten) Referentinnen und Referenten geleistet, über die zudem der Informationsfluss ans Plenum verläuft. Kreative und kritische Potentiale im Plenum bleiben somit weitgehend ungenutzt, ganz abgesehen von der völlig unzureichenden Einbindung der Basis. Darüber hinaus droht im schlimmsten Falle die Gefahr einer Wissensmonopolisierung durch einzelne Referentinnen oder Referenten. Die Selbstverwaltung trägt dadurch einen eher unpolitischen Charakter und ist (trotz mehr oder weniger vielfältiger Bemühungen der jeweiligen StuRa-Mitglieder) für den "Normalstudi" kaum transparent, was sich in breitem Desinteresse und teilweise offener Ablehnung unter den Studierenden sowie tendenziellen Kontrolldefiziten niederschlägt.

Darüber hinaus werden alle Studierendenvertretungen vom Hemmschuh des ausschließlich hochschulpolitischen Mandates bedrückt. Dieses ist ein theoretisches Konstrukt, mit dessen Hilfe seit den sechziger Jahren die StudierendenvertreterInnen zunehmend an Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gehindert werden sollen. Da hochschulpolitische Probleme stets in einen allgemeinpolitischen Kontext eingebettet sind, ist eine klare Trennung beider Bereiche schwer möglich. Zunehmend werden Gerichte mit der Klärung dieses Dilemmas beschäftigt, was die Studierendenvertretungen bei der Ausübung ihrer Aufgaben stark einschränkt

3. Forderungen und Alternativvorschläge

In bezug auf den oben ausgeführten Ist-Zustand der akademischen Selbstverwaltung muss unsererseits also dringend Veränderungsbedarf angemeldet werden. Wenn den Hochschulen in Zukunft mehr und mehr Freiräume zur Selbstverwaltung und -regulierung eingeräumt werden sollen, dann müssen auch alle ihre Mitglieder in möglichst gleichem Maße unter Berücksichtigung der Interessen Ihrer Statusgruppe daran beteiligt werden. Selbst unter den

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1973 sollte dies möglich sein, zumindest wenn man betont, dass die professorale Mehrheit nur bei unmittelbarer Betroffenheit von Fragen der Forschung, Lehre und Berufung Anwendung finden soll. Entscheidungen, die allgemeineren Charakter tragen, könnten dann durch gleich viele Vertreterinnen und Vertreter der vier Statusgruppen gleichberechtigt ausgehandelt werden. Darüber hinaus ergibt sich konsequent weitergedacht auch die Pflicht, den anderen Statusgruppen ebenfalls besondere Mitspracherechte einzuräumen, wenn ihre Interessen in erhöhtem Maße berührt sind. In Prüfungsausschüssen müsste dann zum Beispiel der Einfluss der studentischen Vertreterinnen und Vertreter erhöht werden.

Deshalb fordern wir:

- Alle Gremien, in denen jede Statusgruppe betreffende Entscheidungen getroffen werden (Haushaltsplan, Wahl des Rektors/der Rektorin, Grundordnung etc.), sind viertelparitätisch zu besetzen.
- Alle anderen Gremien sind nach entscheidungsberührten Interessen zu besetzen.

Im Bezug auf die Ausgestaltung der studentischen Selbstverwaltung gestaltet sich die Lage weniger eindeutig. Beide Systeme existieren, keines dürfte der Weisheit letzter Schluss darstellen. Deshalb sollte man versuchen, die jeweilig bestehenden Strukturen im Hinblick auf folgende Kriterien zu verbessern:

1. Legitimation der Vertreterinnen und Vertreter
2. Transparenz der Gremien
3. Effektivität der Arbeit
4. Rückkoppelung an die Basis
5. Einführung des allgemeinpolitischen Mandates

Für die in Sachsen praktizierten StuRa-Modelle ist folgendes Reformmodell anzustreben:

1. Um die demokratische Legitimation der Studentenvertretung zu erhöhen, wählen die Fachschaften die Hälfte ihrer Vertreterinnen und Vertreter (es wird aufgerundet) direkt in das StuRa-Plenum, gleichzeitig aber auch gesondert ihren Fachschaftsrat. Dieser entsendet die zweite Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter (es wird abgerundet), um den direkten Kontakt zu den einzelnen Fachschaften herzustellen. Die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter wird nach dem derzeitigen Verfahren bestimmt.
2. Dem StuRa-Plenum muss unbedingt die Möglichkeit zur Bildung eigener Ausschüsse gegeben werden.

Deshalb fordern wir von der SPD, im Sinne dieses Antrages aktiv Veränderungen am Sächsischen Hochschulgesetz anzustreben, die die obengenannten Veränderungsvorschläge zur Umsetzung bringen.

A 4: Abschaffung der Residenzpflicht

(gleichzeitig als Antrag an den SPD-Landesparteitag und den Juso-Bundeskongress)

Die Jusos Sachsen fordern die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Deutschland.

Migranten und Migrantinnen mit Asylbewerberstatus sollen sich in Zukunft ohne Einschränkungen in Deutschland bewegen können.

A 6: Ausschuss Globalisierung

Der Landesvorstand wird beauftragt, einen Ausschuss einzusetzen, der bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz ein Positionspapier zu Themen der sogenannten Globalisierung (Welthandel und WTO, Nord-Süd-Beziehung, Devisenhandel usw.) erarbeitet.

Dieses Positionspapier wird als Leitantrag zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz eingebracht.

Wir sächsischen Jusos verorten uns im Reformerlager innerhalb der Bewegung für eine gerechtere „Globalisierung“. Das heißt nicht nur, dass wir gewaltsame Proteste ablehnen.

Das heißt in erster Linie, dass wir uns für eine Globalisierung aussprechen, von der nicht nur die Unternehmen, Währungsspekulanten und die entwickelten Länder profitieren, sondern die Frieden, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie für alle ermöglicht.

A 7: Mentoring-Programm für junge Frauen

Der Landesvorstand wird beauftragt, durch ein Mentoring-Programm aktive Frauenförderung bei den Jusos Sachsen zu betreiben. Zielgruppe sind engagierte junge Frauen, die ein Amt bei den Jusos anstreben oder bereits innehaben, aber auch andere ambitionierte Frauen. Durch dieses Projekt soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, von bereits erfahrenen und erfolgreichen Frauen Unterstützung einzuholen.

Mentoring bedeutet, dass sich je eine junge Frau (Mente) und eine erfahrene Begleitperson (Mentorin) zusammenfinden. Ziel ist ein dauerhafter Kontakt. Der Mentorin fällt dabei die Aufgabe zu, ihrer Mentee bei schwierigen Entscheidungen und in kritischen Situationen zur Seite zu stehen, Erfahrungen weiterzugeben, zu kritisieren und vor allem Mut zu machen.

Die Aufgabe des Landesvorstandes wird es sein, für dieses Projekt Werbung zu machen, die Mentorinnen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und interessierte Mentorinnen und Mentees im Rahmen eines Seminars zusammenzubringen. Das Projekt hat eine Dauer von einem Jahr und wird mit einem Seminar zur Auswertung und Evaluation abgeschlossen. Die Betreuung der Mentorinnen und Mentees ist auch während des Projektes unverzichtbar. Es sollte hiermit ein/e Supervisor/in beauftragt werden.

Langfristiges Ziel des Programms ist es, endlich mehr Frauen für Juso- und Vorstandsarbeit zu begeistern und sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

A 8: gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

Die sächsischen Jusos setzen sich dafür ein, dass auch in Sachsen die Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt und nicht im Regierungspräsidium geschlossen wird.

Wir sächsischen Jusos fordern die Sächsische Staatsregierung auf, das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz (LpartGErgG) nicht im Bundesrat zu blockieren. Der Landesvorstand wird beauftragt, einen entsprechenden offenen Brief zu versenden.

A 9: Kampagne Organspende/Transplantation

Das Bundesgesundheitsministerium wird aufgefordert, weitere Kampagnen zum Thema Organspende/Transplantation durchzuführen, deren Ziel eine erhöhte Bereitschaft der Menschen zu Organspenden ist. Dabei sollen eine umfassende Aufklärung zu diesem Thema sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit und Vernetzung von Politik, Ärzte- und Apothekervereinigungen, Krankenkassen, Initiativen usw. im Vordergrund stehen.

Der Juso-Landesvorstand wird sich deshalb mit der Landtags- und der Bundestagsfraktion sowie dem Bundesgesundheitsministerium in Verbindung setzen und entsprechende Schritte einfordern.

A 10: Terminplanung Landesdelegiertenkonferenzen

Die sächsischen Jusos fordern den Juso-Landesvorstand und alle anderen Gremien und Personen auf, die mit der Vorbereitung und Planung von Landesdelegiertenkonferenzen befasst sind, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass es zu keinen Terminkollisionen mit Tagungen anderer Gremien der Partei und/oder Arbeitsgemeinschaften in der SPD auf Landesebene kommt.

I 1: Der Terroranschlag vom 11.09.2001 und die Folgen

Mit den menschenverachtenden und verbrecherischen Anschlägen auf das World-Trade-Center in New York hat eine gänzlich neue Qualität eines global agierenden Terrorismus Einzug gehalten. Den Tausenden von unschuldigen Opfern und Hinterbliebenen gehört unser uneingeschränktes Mitgefühl und unsere Anteilnahme. Die globale Aufrüstung des Terrorismus macht es erforderlich, die gesamte Staaten- und Völkergemeinschaft in die Suche nach den Ursachen und nach langfristigen Lösungen erfolgreich einzubeziehen.

Bei der nach den Terroranschlägen einsetzenden Debatte trat die Ursachenforschung schnell in den Hintergrund. Nur wenige verantwortliche Politiker wie Bundespräsident Johannes Rau in seiner bemerkenswerten Berliner Rede forderten eine gerechte Weltordnung und wiesen damit auf eine der Ursachen des Terrorismus hin. In bezug auf die Bekämpfung des Weltterrorismus wurde sofort der Ruf nach Rache und Vergeltung laut. Es hat den Anschein, die eine Seite fühlt sich zu einem Kreuzzug berufen, die andere antwortet mit der Aufforderung zum Heiligen Krieg. Beide Seiten erklären alle die zu Feinden, die nicht bereit sind, ihrer jeweiligen Logik zu folgen. Der Ansatz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ ist immer noch genauso falsch, wie er alt und undemokratisch ist. Er verhindert demokratisches Denken und Handeln und schränkt die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen von uns zu stark ein. Die uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern darf nicht als Scheingrund für kriegerisches Vorgehen gegen einzelne Staaten oder Völker missbraucht werden. Wir fürchten, dass dies nur in einer nicht mehr zu stoppenden Spirale der Gewalt enden kann.

Schon jetzt sind zahlreiche unschuldige Opfer von Kindern, Frauen und Männern der Zivilbevölkerung zu beklagen. Dabei steht das afghanische Volk durch den jahrzehntelangen Krieg und Bürgerkrieg vor einer humanitären Katastrophe ungeheuren Ausmaßes. Das durch Dürre und Hungersnot gebeutelte Land braucht jetzt mehr denn je die Hilfe der Weltgemeinschaft.

Entschließungsantrag:

Die sächsischen Jusos halten deshalb die Militärschläge der USA und Großbritanniens mit der Unterstützung Deutschlands und weiterer Nato-Staaten gegen Afghanistan für eine unangemessene Reaktion. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich innerhalb der Nato und der UNO mit aller Kraft für ein Vorgehen einzusetzen, welches weitgehend auf kriegerische Mittel verzichtet.

I 2: Termin SPD-Landesparteitag

Der Landesvorstand wird aufgefordert, den ordentlichen Landesparteitag der SPD Sachsen im Jahr 2002 nicht vor der Bundestagswahl 2002 durchzuführen.

I 5: Sicherheit in Freiheit!

Wir sächsischen Jusos fordern die Bundesregierung, insbesondere den Bundesinnenminister Otto Schily auf, die bürgerlichen Freiheitsrechte in Deutschland nicht wie geplant, maßlos zugunsten einer trügerischen Sicherheit zu beschneiden.

In einer Demokratie wie der unseren sind lange erkämpfte Freiheitsrechte wie die prinzipielle Gleichheit aller Menschen, das Post- und Fernmeldegeheimnis, die Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils, die Unverletzlichkeit der Wohnung und weiteres mehr Grundpfeiler und Erkennungsmerkmale der Staatsform. Diese Werte gilt es ebenso zu schützen wie die Sicherheit jedes Einzelnen. Diese beiden Elemente der Demokratie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Aushöhlung der Freiheitsrechte und die (teilweise) Aufhebung der Gewaltenteilung darf es nicht geben.

Auch Deutschland muss nach dem 11. September 2001 eventuelle Sicherheitslücken überprüfen und schließen. Vorhandene Gesetze auszuschöpfen statt neue, maßlose und unserer Meinung nach nicht zielführende Gesetze in der Gunst der Stunde durchzupeitschen, erscheint uns angebracht. Gesetzesvorhaben wie den Verbund von Dateien der Geheimdienste und der Polizei, Schleier- und Rasterfahndung, Aufweichung des Bank- sowie des Postgeheimnisses, die schnelle Abschiebung von „verdächtigen“ Asylbewerbern sowie noch strengere Visaregelungen stellen eine massive Veränderung der bestehenden Gesetzeslage dar, ohne dass jemals konkret begründet werden würde, welchen genauen positiven Effekt diese gegenüber der alten Gesetzeslage haben werden oder haben sollen. Allein der Hinweis auf die Sicherheit in Deutschland soll genügen, um Vorhaben, die bisher in Schubladen auf ihr Vergessen warteten, zu neuem Leben zu verhelfen.

Deutsche sind nicht pauschal ein Volk von Verdächtigen und Ausländer sind keine Verbrecher. Dementsprechend muss gehandelt werden!

Grundsätzlich wollen wir, dass es möglich ist, seine Meinung in einer öffentlichen Versammlung frei zu äußern, wenn das dem Grundgesetz nicht widerspricht. Wir kämpfen insbesondere gegen Einschränkungen dieser Grundrechte per Gesetz.

Wir lehnen Bannmeilen rund um öffentliche Gebäude ab, denn ein Verbot einer Meinungsäußerung ist kein Mittel der Diskussion. Die Artikulation politischer Minderheiten muss jederzeit möglich sein.

Benjamin Franklin vor 240 Jahren wusste schon: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

I 6: Unschuldige Tote sind keine Antwort auf den Terror.

Folgendes Papier ist die Position der sächsischen Jusos zum Krieg in Afghanistan. Wir werden uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für diese Positionen einsetzen, uns an Protesten beteiligen und diese organisieren.

Unschuldige Tote sind keine Antwort auf den Terror.

Wir sächsischen Jusos verurteilen den Krieg des US-geführten Bündnisses gegen Afghanistan. Insbesondere lehnen wir die Zusagen der deutschen Bundesregierung ab, diesen Krieg militärisch zu unterstützen. Diese Zusagen können nicht im Namen der Jusos Sachsen geschehen.

Selbst bei solch extrem menschenfeindlichen Terroranschlägen wie am 11. September 2001 in den USA dürfen Rechtsstaaten nicht den Boden des Völkerrechts verlassen. Leider wurde militärischen Mitteln Vorrang gegenüber rechtsstaatlichen gegeben.

Es muss mittel- und langfristiges Ziel jeder politischen oder militärischen Aktion sein, darauf hinzuwirken, dass nicht-militärische, friedliche Konfliktlösungen möglich bleiben oder werden. Der militärische Einsatz in Afghanistan wird aber weder zu einem beständigen Frieden in der Region führen, noch den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen. Dieser Krieg führt in den Augen vieler Menschen in der Region zu einer Legitimation des Terrorismus. In Afghanistan und anderen Ländern werden neue Formen des Terrorismus entstehen, selbst wenn Bin Ladens Terror-Netzwerk Al-Qaida zerschlagen wird.

Wir verurteilen, dass in der Zivilbevölkerung Verluste und Elend in Kauf genommen werden. Schon die Androhung von militärischen Einsätzen hat zu einer Verstärkung von Flucht, Not und Hunger in Afghanistan geführt. Insbesondere der Einsatz von Streubomben ist durch nichts zu rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang lehnen wir die Werbung um internationale Anerkennung und Unterstützung für Luftangriffe durch den Abwurf von Lebensmittelpaketen als "humanitäre Hilfe" ab. Humanitäre Hilfe muss unabhängig von militärischen Angriffen erfolgen.

Wir sächsischen Jusos fordern die Bundesregierung auf, die Politik der kritiklosen "uneingeschränkten Solidarität" mit den USA zu beenden und sich für sofortige humanitäre Hilfe für die Notleidenden in Afghanistan einzusetzen. Wir fordern, dass mehr Konzentration auf die Lösung der Probleme gerichtet wird, die dem Terrorismus zugrunde liegen. Dazu gehört mittelfristig die Lösung des Nahost-Konflikts. Langfristig gilt es, Zukunftschancen für benachteiligte Länder zu schaffen. Jede globale Ungleichheit ist zusätzlicher Nährboden für den Terrorismus. Der Westen muss radikalen und militanten Gruppen eine ideologische Alternative gegenüberstellen. Für uns sind das die Werte von Freiheit und Menschenrechten, von weltweiter Gerechtigkeit und Solidarität. Wir bedauern, dass dieses Thema bislang nicht genügend in der öffentlichen Diskussion berücksichtigt wird.

Weiterhin fordern wir die rot-grüne Bundesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und dem internationalen Waffenhandel ein Ende zu setzen.

I 7: Offener Brief an Otto Schily

Der Landesvorstand wird beauftragt, in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Otto Schily und die sächsischen Bundestagsabgeordneten die Korrektur des zweiten Sicherheitspakets zu fordern.

Dieser Brief soll folgende Punkte beinhalten:

- Über notwendige innenpolitische Maßnahmen zur Terrorbekämpfung hinaus ist der Kampf gegen den Terrorismus ein Kampf um eine offene, liberale Gesellschaft.
- Dazu gehören in erster Linie der Schutz von Grundrechten - und Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Schon die Aufnahme von Fingerabdrücken in Ausweisdokumente und Datenbanken ebnet über "genetische Fingerabdrücke" den Weg zum "gläsernen Menschen". Wir stimmen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen zu, wenn sie in diesem Zusammenhang sagt: "Wenn wir in unserer Demokratie einen solchen Einbruch zulassen, hat der Terrorismus einen nicht notwendigen Erfolg erzielt."
- Die Vorschläge des zweiten Sicherheitspaktes greifen massiv in die Grundrechte der BürgerInnen ein, und heben die Balance zwischen staatlich garantierten Freiheitsrechten und den Eingriffsbefugnissen des Staates auf, schaffen aber nicht unbedingt mehr Sicherheit.
- Wir werden mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand gegen repressive innenpolitische Maßnahmen üben: gegen Rasterfahndung, gegen diskriminierende Behandlung hier lebender AusländerInnen, gegen die Einschränkung von Einwanderungsregelungen und die Verschärfung der Abschiebemaßnahmen.
- Wir kritisieren insbesondere die Aufhebung der grundgesetzlich festgeschriebenen Trennung geheimdienstlicher und polizeilicher Ermittlungen durch die Verbunddatei, auf die BKA, Geheimdienste und die Polizei zugreifen können sollen. Wenn BKA-Beamte künftig auch ohne Anfangsverdacht ermitteln dürfen, kehren diese "Initiativermittlungen" das Rechtssystem um, die Unschuldsvermutung wird ins Gegenteil verkehrt.
- Wir lehnen alle Maßnahmen ab, die sich ausschließlich gegen AusländerInnen richten, an nationalen, ethnischen oder religiösen Merkmalen anknüpfen oder die bestehenden Einwanderungs- und Abschiebebestimmungen weiter verschärfen.
- Die historischen Erfahrungen mit totalitären Systemen - gerade in Deutschland - lehren, keine übermächtige Staatsapparate zuzulassen. So soll z.B. die Trennung von Informations-/Geheimdiensten und der Polizei eine neue Gestapo verhindern.

Wir stimmen Wolfgang Thierse zu, wenn er sagt: "Fatal wäre es, die Freiheit auf Kosten der Freiheit zu verteidigen."

I 9: "Uneingeschränkte Solidarität"?!

Die Jusos Sachsen sind der Auffassung, dass der Begriff der uneingeschränkten Solidarität in bezug auf den Beistand der Bundesrepublik zum Angriff der USA auf die Taliban-Regierung in Afghanistan nicht gebraucht werden sollte.

Vielmehr fordern wir eine kritische Solidarität, die die Bundesrepublik auszeichnen sollte.

Eingedenk der eigenen Geschichte darf sich die Bundesrepublik nie schrankenlos mit Angriffen gegen andere Staaten solidarisieren.